

Kirchplatz: Jetzt pflastert die Stadt im Alleingang

VA hat entschieden – Rat diskutiert

Obernkirchen (crs). Wenn eine Entscheidung gefallen ist, erübrigt sich jede weitere Diskussion. Anderes gilt in Obernkirchen für das sensible Thema Kirchplatz-Sanierung: Obwohl der Verwaltungsausschuss (VA) in der vergangenen Woche einstimmig die Pflasterung der Restfläche aus Mitteln der Stadtsanierung in die Wege geleitet hatte, war es dem Stadtrat bei seiner Sitzung am Mittwoch ein Anliegen, die Gründe für dieses Votum öffentlich zu erläutern.

Nachdem ein Vertrag zwischen Kirche und Stadt zur Umgestaltung des Kirchplatzes gescheitert war, hatte Beate Krantz (Gruppe Mitte) im VA den Antrag auf eine Pflasterung durch die Stadt im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht gestellt. Mit Ausnahme von Udo Theel (WGO), der bei der Abstimmung nicht mehr zugegen war, stimmten alle VA-Mitglieder diesem Antrag zu. Den ganz großen Wurf also wird es nicht geben für den Kirchplatz, keine Umgestaltung wie ursprünglich geplant. Um aber eine halb fertige Lösung zu vermeiden, geht die Stadt das Vorhaben jetzt alleine an. Und zwar noch in diesem Jahr, um sich die Mittel aus der Stadtsanierung zu sichern.

Von einem "Umweg" sprach Oliver Schäfer für die SPD-Fraktion im Rat, betonte aber zugleich die Notwendigkeit, die Mittel zu nutzen zum Wohle aller. Und appellierte an alle Anwesenden: "Lassen wir die Vergangenheit ruhen und arbeiten wir zusammen!"

Die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen, das konnten nicht alle Mitglieder des Rates. "Ich bin der Einzige, der zur Stange gehalten hat", machte Udo Theel (WGO) seine Ablehnung deutlich. "Die Kirche hat sich nicht einen Schritt bewegt", wettete er und kritisierte die "Politik des Ausgleichs" durch den Rat. Theel will nicht akzeptieren, dass die Stadt die Pflasterung finanziert - und fragt: "Ob die Kirche wohl Ausgleichsbeiträge bezahlt?"

"Wir machen einen größeren Schritt auf die Kirche zu", räumte auch Adolf Bartels (SPD) ein. Ebenso wie Bartels betonte auch Beate Krantz die Dringlichkeit des Vorhabens: "Wir müssen die Chance jetzt nutzen, im nächsten Jahr sind die Gelder weg."

Eine wesentliche Konsequenz hat diese neue Lösung für die Kirche: Bei der Gestaltung wird sie wohl kein großes Mitspracherecht haben. "Jetzt gestalten wir über den Rat", betonte Bürgermeister Horst Sassenberg (CDU), "inwieweit die Kirche einbezogen wird, ist Sache der Verwaltung." Und noch eines machte der Bürgermeister klar: "Der Bürger wird kritisch beäugen, inwieweit die Stadt künftig auch anderen Institutionen entgegenkommt."